

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies

Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Ramiro Xavier Vera-Fluixá

**Regionalbildungsansätze
in Lateinamerika und ihr
Vergleich mit der
Europäischen Union**

Discussion Paper

C 73

2000

Lic. Ramiro Xavier Vera- Fluixá, geboren 1967, studierte Internationale Beziehungen an der Universidad del Salvador in Buenos Aires. Anschließend *Profesor titular* am Lehrstuhl für Geschichte der Internationalen Beziehungen an der Universidad de Mendoza (Argentinien). Promotion an den Universitäten München und Freiburg. Seit 1997 *Junior Fellow* am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) mit einer Dissertation zur Problematik des spanischen Föderalisierungsprozesses im Kontext der europäischen Integration.

Forschungsschwerpunkte: Integrationsprozesse in Lateinamerika und Europa; Regionalismus und Föderalismus; politische Aspekte der Globalisierung.

Ramiro Xavier Vera-Fluixá

Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union¹

Ebenso wie sich Verbindungen in der Geschichte Lateinamerikas und Europas beobachten lassen, ist es möglich, Verbindungen und wechselseitige Einflüsse in der Evolution der regionalen Integrationsprozesse Lateinamerikas und Europas, in deren Prämissen und Mechanismen festzustellen. Versuchte man, die Evolution von regionalen Integrationsprozessen anhand einer Linie darzustellen, würden die Integrationslinien von Europa und Lateinamerika – und dies seit seinen Anfängen – konstante Verschränkungen gemeinsamer Charakteristiken und Intervalle wechselseitiger Einflüsse bekunden, gefolgt von ständigen Entfremdungen und Abweichungen sowie von einem parallelen Verlaufen, um dann wieder auf einen gemeinsamen Begegnungspunkt zurückzukehren.

Es insofern nicht zufällig, daß die ersten Vorstellungen einer kontinentalen Integration Lateinamerikas zu Beginn des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die Schwäche der kolonialen Mächte der iberischen Halbinsel auftraten; oder auch daß der Panamerikanismus am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts als hemisphärische Sicherheitsgarantie gegenüber den politischen Ereignissen in Europa aus der Taufe gehoben wurde; oder daß der europäische Integrationsprozeß, dessen institutionelle Strukturen und recht-

1 Der vorliegende Aufsatz ist eine gekürzte Fassung der spanischen Version „Principios de integración regional en América Latina y su análisis comparativo con la Unión Europea“, die von der Homepage des ZEI (<http://www.zei.de>) abgerufen werden kann.

liches Regelwerk alternative Organisationsmodelle der Regionalbildung in Lateinamerika (z.B. Andenparlament und Europäisches Parlament) begründeten. Aktion in Europa und Reaktion in Lateinamerika sind insofern zwei kontinuierlich feststellbare Phänomene. Dennoch verzeichnen die unterschiedlichen geographisch-kulturellen Charakteristika sowie die unterschiedliche politische Evolution beider Kontinente – u.a. Unabhängigkeitswelle in Lateinamerika, Weltkriege in Europa – deutliche Differenzen in den politischen Ausgangsbedingungen, den Instrumenten und Mechanismen regionaler Integration.

Aufgrund dieser Ähnlichkeiten und Unterschieden läßt sich die vorliegende Vergleichsanalyse initiieren. Ihr Ziel ist es, die Bedingungen, Modelle und Mechanismen regionaler Integration in Westeuropa und Lateinamerika zu vergleichen, bei ständigem Bezug auf die wechselseitigen Einflüsse und Beziehungen zwischen beiden Kontinenten. In diesem Zusammenhang folgt einer ersten vergleichenden Untersuchung der „Integrationslinien“ im 19. und 20. Jahrhundert die Analyse eines der bedeutendsten Konfluenzpunkte der Integrationsprozesse Europas und Lateinamerikas: Am 15. Dezember 1995 unterzeichneten die vier Mitgliedsländer des Mercosur und die Repräsentanten der Europäischen Union das Interregionale Rahmenabkommen zur Kooperation (*Acuerdo Marco Interregional de Cooperación*), das erste Abkommen einer Interregionalen Assoziation zwischen zwei Zollunionen.

Zu diesem Konfluenzpunkt trugen nicht nur die historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten beider Kontinente bei, sondern auch die Besonderheiten der gegenwärtigen Weltstruktur. Aufgrund des Wegfalls der ideologischen Bipolarität haben Prozesse regionaler Integration neue Bedeutung erworben; in diesem Kontext also durch die im Rahmen des sogenannten „offenen Regionalismus“ neudefinierten Beziehungen zwischen regionalen Integrationsprozessen.

1. Regionale Integration in Lateinamerika und europäischer Einfluß

Die Entwicklung der regionalen Integrationsprozesse im unabhängigen Lateinamerika beginnt am Anfang des 19. Jahrhunderts und gliedert sich in drei Phasen: Lateinamerikanische Phase (*etapa latinoamericana*) von 1826 bis 1890/91; Panamerikanische Phase (*etapa panamericana*) von 1889 bis 1930/50 und Interamerikanische Phase (*etapa interamericana*) von 1948 bis 1982.

Der Anfang der Lateinamerikanischen Phase läßt sich mit der Durchführung des Panama-Kongresses im Jahre 1826 festlegen. Fundamentale Grundlage des Kongresses stellte der Staatenbildungsprozeß in ganz Lateinamerika in den ersten zwanzig Jahren des 19. Jahrhunderts dar – ein Prozeß, der vorwiegend durch zahlreiche Befreiungskriege (*campañas libertadoras*) gegen die Kolonialmächte Spanien und Portugal stattfand. Sowohl die kulturellen, politischen und sozialen Gemeinsamkeiten innerhalb Lateinamerikas als auch die parallel verlaufenden Staatenbildungs- und Gesetzgebungsprozesse favorisierten zunächst die Verwirklichung eines Kooperations- und Integrationsrahmens der lateinamerikanischen Völker in erster Linie entsprechend dem Ideal Simon Bolívars. Sein Gedankengut fand bereits in dem im Kongreß von Panamá unterzeichneten Vertrag über Union, Liga und ewige Konföderation der lateinamerikanischen Völker (1826) Ausdruck und wurde in den folgenden lateinamerikanischen Kongressen (u.a. Lima 1847, Bogotá 1856, Lima 1864) wieder aufgenommen.

Unabhängigkeits- und Souveränitätsgedanken sowie die Vision einer kontinentalen Kooperation verweisen deutlich auf Europa. Die Invasion der iberischen Halbinsel durch Napoleon erwies sich für die politische Unabhängigkeitsbewegung der Neuen Welt als der geeignete Schlag, um die Kolonialmächte Spanien und Portugal zu schwächen. Napoleons Feldzüge, die lateinamerikanische Vorkämpfer wie Bolívar oder San Martín aus nächster Nähe erlebt hatten, erwiesen sich als Vorbild für die lateinamerikanischen

Befreiungskriege gegen Spanien und Portugal.² Ebenso erschien das Staatensystem nach dem Wiener Kongreß und der Niederlage Napoleons als Beispiel der zwischenstaatlichen Kooperation, die in Lateinamerika in Gestalt einer ewigen Konföderation angestrebt wurde.³ Diese ersten Integrationsziele im 19. Jahrhundert scheiterten jedoch an der mangelnden Verständigung unter den neu entstandenen Staaten Lateinamerikas und daher an der inkonsequenten Verwirklichung der Konföderationsansätze.

So griffen die Vereinigten Staaten in der Panamerikanischen Phase die Konzeption der hemisphärischen Kooperation auf. Die neuen Kooperationsprämissen beruhten zum einen auf der Monroe-Doktrin von 1823 (hemisphärische Sicherheit gegenüber Außenbedrohungen, insbesondere den europäischen Imperialmächten gegen Ende des 19. Jahrhunderts), zum anderen auf den Vorschlägen zur gesamthemisphärischen Handels-, Stabilitäts- und Sicherheitspolitik durch den amerikanischen Außenminister James Blaine anlässlich der ersten Interamerikanischen Konferenz von 1889 in Washington.

Vor dem Hintergrund der kontinentalen Zusammenarbeit bestanden allerdings recht unterschiedliche Erwartungen seitens der Kooperationspartner USA und Lateinamerika. Die Akzentsetzung der amerikanischen Interessen galt der Stabilität eines hemisphärischen Handelsmarktes für die Kommerzialisierung ihrer eigenen Produkte. Die lateinamerikanischen Nationen erstrebten hingegen die Gewährleistung der kontinentalen Sicherheit sowohl gegenüber den imperialistischen Nationen als auch gegenüber den Interventionsabsichten der Vereinigten Staaten in die innenpolitischen Angelegenheiten Lateinamerikas. Die kontinentale Sicherheit erwies sich angesichts der Interventionen in Kuba (1901), Haiti (1915-1934) und der Dominikanischen Republik (1912 und 1916-1924) durch die Präsidenten

2 Vgl. Giovanni Spadolini: *Rivoluzione Francese, Risorgimento Italiano e Riscatto Sud-Americano: Simon Bolivar*. Vortrag an der Universidad Central de Venezuela vom 3.2.1989, Rom 1989 (Centro Studi Nuova Ricerca).

3 Carlos Bessa: *Portugal, Esphana e Américas. Um Projecto de Confederação de Silvestre Pinheiro Ferreira no Tempo de Bolivar*, in: *Real Academia de la Historica. Factores de Diferenciación e Instancias Integradoras en la Expiriencia del Mundo Iberoamericano*, Madrid 1992, S. 119-134.

Theodore Roosevelt (*Big Stick Policy*), Taft und Wilson (Interventionspolitik zugunsten der monopolistischen *United Fruit Company*), als umso dringlicher. Die Interventionen bewirkten nicht nur eine tiefere Interessenspaltung im amerikanischen Kontinent, sondern auch, dass die lateinamerikanischen Staaten zunehmend eine defensive Haltung (u.a. Calvo-Doktrin von 1868, Drago-Doktrin von 1902) einnahmen und teilweise eine Außenpolitik vertraten, die sich im Gegensatz zu den USA befand (1919: Beitritt zum Völkerbund).

Mehrere Faktoren zu Beginn des 20. Jahrhunderts, zu denen die innerkontinentalen Spannungen einerseits und die weltweite Wirtschaftskrise von 1930 andererseits zählen, führten zu einer Neudefinition der amerikanischen Lateinamerika-Politik, die den Beginn der Interamerikanischen Phase signalisieren sollte. Militärische Interventionen in lateinamerikanische Staaten wurden zunächst gemieden, die USA bestanden aber handelspolitisch auf dem Ziel einer hemisphärischen Handelshegemonie. Im Rahmen der *Good Neighbour Policy* von Franklin D. Roosevelt erfolgten die Anerkennung der Souveränität Kubas (1934), die Förderung des Handels mit Lateinamerika durch die Einführung der *Export and Import Bank (ExImbank)* und die Verstaatlichung mexikanischer Erdölgesellschaften – in der Vergangenheit ein Grund zur Intervention.

In der Interamerikanischen Phase läßt sich erneut der Einfluß, den Europas Kooperations- und Integrationsbestrebungen auf den gesamtamerikanischen Kontinent ausübten, beobachten. Dies betraf insbesondere die Bestrebungen zur Schaffung eines Sicherheits- und Kooperationssystems, das in Europa der Nachkriegszeit mit dem EGKS-Vertrag von 1951 und dem Vertrag von Rom von 1957 als Garanten des Friedens innerhalb des Kontinents Gestalt annahm. Ebenso im Kontext der nachkriegszeitlichen kontinentalen Kooperations- und Sicherheitsgedanken wurde die Organisation der Amerikanischen Staaten (OAS) im Jahre 1948 gegründet. Wie in Europa stellten drei Verträge die Pfeiler der gesamtamerikanischen Kooperation dar: die Akte von Chapultepec von 1945, der Río-Vertrag von 1947 und der Vertrag von Bogotá von 1948. Die drei Dokumente insgesamt bildeten die Grundlage des sogenannten Interamerikanischen Systems.

Insbesondere der Vertrag von Río von 1947 ließ mit der Einrichtung einer gesamtamerikanischen Allianz der Demokratien gegenüber jeder Art kommunistischer Infiltration eine deutliche ideologische Linie erkennen. Vor diesem Hintergrund wurde der Leitsatz der kollektiven Verantwortung (Art. 3 und 6) eingeführt. Eine nicht-militärische Bedrohung rechtfertigte die Intervention der restlichen Mitgliedsstaaten der Allianz. Sowohl die völkerrechtliche Grundlage als auch der Leitansatz der kollektiven Sicherheit wurden ebenso auf die einige Monate später ins Leben gerufene NATO übertragen.⁴ Beide Verträge stellten insgesamt die Basis der *Containment Policy* der Vereinigten Staaten dar.

Der Vertrag von Bogotá und die Charta der OAS von 1948 legten die Hauptprämissen des Interamerikanischen Systems fest: Gleichberechtigung der Staaten, Nichtintervention, kollektive Sicherheit, Anerkennung der repräsentativen Demokratie und der Menschenrechte, friedliche Konfliktbeilegung und schließlich wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung.

Eine Bilanz des Interamerikanischen Systems als gesamthemisphärisches Sicherheits- und Kooperationssystem führt zu folgenden Ergebnissen:

- a) Zunächst läßt sich eine unausgewogene Gewichtung (und die unvollständige Erfüllung) der Ziele des Vertrags von Bogotá feststellen, weil sich das Interamerikanische System mehr auf das Ziel der hemisphärischen Sicherheit und weniger auf die wirtschaftliche Kooperation und Entwicklung konzentrierte. Die Gesamtregion wurde vorwiegend als Verbotzone für kommunistische Beeinflussung jeder Art betrachtet und nicht als Gebiet zur Intensivierung wirtschafts- und handelspolitischer Zielsetzungen. Eine Ausnahme davon stellte

4 Stefan Hertrampf: Panamerikanismus, Interamerikanisches System und die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Johannes-Gutenberg-Universität, Mainz 1994, S. 15-16 .

aber die im Jahre 1961 durch den Präsidenten John F. Kennedy ergriffene Initiative *Alliance for Progress* dar, die ein Pendant zur Initiative des brasilianischen Präsidenten Kubitschek *Operação Panamericana* verkörperte.⁵ Während in der Europäischen Gemeinschaft die sicherheitspolitischen und die wirtschaftlichen Einigungsbestrebungen durch unterschiedliche Organisationsstrukturen (NATO und EWG) durchgeführt wurden – mit der Konsequenz, daß der wirtschaftspolitische Integrationsprozess der EWG durch die Sicherheitspolitik der NATO nicht behindert wurde – übernahm die OAS innerhalb des Interamerikanischen Systems die Erfüllung beider Ziele – mit der Folge, daß die Durchführung eines dieser Ziele stets die Entwicklung bzw. Verwirklichung des anderen behinderte.

- b) Ursächlich für dieses Ungleichgewicht waren die unterschiedlichen Erwartungen beider Hauptakteure des Interamerikanischen Systems: Anders als in den vorausgehenden Phasen setzten die Vereinigten Staaten nun den Akzent auf die kontinentale Sicherheit und versuchten in diesem Kontext, der kommunistischen Bedrohung innerhalb des Kontinents entgegenzutreten. Die lateinamerikanischen Staaten betonten dagegen jetzt die Notwendigkeit der kontinentalen Wirtschaftskooperation und Entwicklung. So wurden mit dem Hinweis auf die Prinzipien der hemisphärischen Sicherheit des Interamerikanischen Systems die amerikanischen Interventionen u.a. in Guatemala (1954), der Dominikanischen Republik (1965) und Grenada (1983) gerechtfertigt, meistens ohne Zustimmung der restlichen OAS-Staaten. Während das zwischenstaatliche Gleichgewicht die europäischen Integrationsabsichten leitete, zeugte das Interamerikanische System von der Suprematie eines Mitgliedstaates sowie von der Heterogenität der lateinamerikanischen Staaten untereinander, was sich stets in einem nicht einheitlichen außenpolitischen Auftreten niedergeschlagen hat.

5 Vgl. Felipe Herrera: *Alianza para el Progreso: los postulados y las realizaciones*, in: *Estudios Internacionales*, Nr. 74 (1986).

- c) Dies wirkte sich auf die unterschiedliche Perzeption der Kooperation und Integration, auf deren Ziele und Folgen aus. Während die lateinamerikanischen Staaten durch die hemisphärische Wirtschaftskooperation dem regionalen Wirtschaftsrückgangs- und Verarmungsprozess Einhalt gebieten wollten, unterstrichen die USA vorwiegend die Notwendigkeit der kontinentalen Sicherheit – unabhängig von der regionalen Wirtschaftsentwicklung, die, wie dies im Laufe der 60er, 70er und 80er Jahre in Lateinamerika mehrmals anschaulich wurde, den Nährboden für kommunistisches Gedankengut bot.
- d) Schließlich erwiesen sich die große Mitgliederzahl und die bestehende Heterogenität unter den Mitgliedsstaaten als besonders hinderlich für die Entscheidungsfindung innerhalb der Organisation.

2. Der *Cepalismo*: Ein eigenes Paradigma regionaler Integration in Lateinamerika

Aufgrund der Entwicklung der Welthandelsstruktur, der Wirtschaftskrise von 1930 und der Nachkriegszeit wurde Lateinamerika zunehmend zu einer Region, die sich handelspolitisch auf den Export von Rohstoffen einerseits und den Import industrieller Fertiggüter andererseits beschränkte. Durch die sich daraus ergebenden negativen Handelsbedingungen erschien es notwendig, die regionale Wirtschaftsentwicklung (v.a. ein höheres Einkommen und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten) sowie die interregionale Kooperation und Integration über eine neu zu definierende regionale Industrialisierungsstrategie zu fördern. Dieser Zusammenhang stellte den Ursprung des *Cepalismo* dar, einer innerhalb der Wirtschaftskommission für Lateinamerika (*Comisión Económica para América Latina – CEPAL*⁶) entstandenen Wirtschaftstheorie, welche die Prämissen der regionalen Integration Lateinamerikas in den 60er und 70er Jahren entscheidend mitgeprägt hat.

6 Die CEPAL wurde im Jahre 1948 innerhalb der Vereinten Nationen als Pendant zu den Wirtschaftskommissionen für Europa und Asien gegründet.

Die Ansätze des Ökonomen Raúl Prebisch, Generalsekretärs der CEPAL zwischen 1949 und 1962, waren hierbei von Bedeutung. Von einem Zentrum-Peripherie-Kontext ausgehend führte Prebisch die wirtschaftliche Abhängigkeit Lateinamerikas an erster Stelle auf die unvorteilhaften Handelsbeziehungen (*términos de intercambio/terms of trade*) zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zurück. Während die Preise der Gewerbecprodukte längerfristig stiegen, blieben die Rohstoffpreise konstant zurück, was zu einem beträchtlichen Ungleichgewicht zwischen den Handelspartnern führte.⁷ So plädierte der *Cepalismo* in Lateinamerika für eine nach innen gerichtete industrielle Entwicklung (*desarrollo hacia adentro*), die auf die Substitution von Einfuhren durch eine lokale Industrialisierungspolitik und die Förderung der Ausfuhren ausgerichtet war. Zur Gewährleistung der optimalen Marktbedingungen und der Industrialisierungspolitik war darüber hinaus ein einflußreicher (interventionistischer) Staat notwendig. So stellten die Förderung der nationalen Industrie, eine protektionistische Zollpolitik und eine organisierte Arbeiterschaft die Pfeiler des *Cepalismo* dar. Als politisches Pendant der Wirtschaftsziele kamen ein umfassendes Integrationsbestreben Lateinamerikas zur Besserung seiner peripherischen Standortlage innerhalb der Weltwirtschaft und eine wirksame Diplomatie zur Stärkung der Verhandlungsfähigkeit des Subkontinents in internationalen Foren hinzu.

Im Kern stellte der *Cepalismo* als Paradigma zur Wirtschaftsentwicklung klar, vor welchen unterschiedlichen Ausgangsbedingungen die regionale Integration Lateinamerika im Vergleich zu Europa Anfang der 60er Jahre stand. Trug die europäische Integration zur Wiederherstellung des Friedens und der ökonomischen Stabilität innerhalb des Kontinents bei⁸, erwies sich die Integration in Lateinamerika als eine wichtige und notwendige Grundlage zur regionalen Wirtschaftsentwicklung (und dadurch zur Neudefinition

7 Vgl. Walther Bernecker: Der „Cepalismo“: Eine regionale Wirtschaftstheorie und Entwicklungsstrategie, in: <http://www.uni-erlangen.de/orient/kultur/papers/berneck.htm>.

8 Karl Kaiser: Ein unauflöslicher Zusammenhang: Sicherheit und Integration, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), *Die Identität Europas*, Bonn 1985, S.128 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd.225) .

des politischen Gewichts) sowohl gegenüber den Industrieländern als auch der hemisphärischen Außenpolitik der USA. Diesbezüglich fanden die Spannungen der gesamtamerikanischen Beziehungen mit dem Kuba-Konflikt ihren Höhepunkt. Die wichtigsten Integrationsprozesse, die auf dem Paradigma der Importsubstitution aufbauten, waren die Lateinamerikanische Freihandelsassoziation (ALALC, 1960), der Andenpakt (1969), in Zentralamerika der Gemeinsame Markt Zentralamerikas (1960) und im karibischen Raum die *Caribbean Free Trade Association* (CARIFTA, 1960) und die *Caribbean Community and Common Market* (CARICOM, 1973) (vgl. hierzu Anhang, Abbildung 1).⁹

3. Die 90er Jahre: Die Wirtschaftsöffnung als neues Paradigma

Sowohl für den europäischen als auch für die lateinamerikanischen Integrationsprozesse brachten die weltweiten Strukturveränderungen seit Mitte der 80er Jahre entscheidende Konsequenzen mit sich. Die Europäische Gemeinschaft einerseits brachte mit der Einheitlichen Europäischen Akte von 1987 eine grundlegende Reform ihrer integrationspolitischen Rechtsstruktur (erste Reform der Gründungsverträge von 1957) auf den Weg und demonstrierte ihren Willen zur Vertiefung (Binnenmarkt von 1992, Wirtschafts- und Währungsunion) und Erweiterung (dritte Erweiterungsrunde von 1986) des Integrationsprozesses. Lateinamerika distanzierte sich andererseits durch die rasch eintretende Demokratisierungswelle der 80er Jahre von den negativen Merkmalen der sogenannten *verlorenen Dekade* (u.a. militärische Diktaturen, ökonomische Rezession, hohe Auslandsverschuldung, hohe Inflationsraten, erfolglose Anpassungs- und Strukturpläne). Neben der Demokratisierung Lateinamerikas schufen das Ende des Ost-West-Konfliktes und die damit einhergehende Aufwertung regionaler Wirtschaftsblöcke eine neue Grundlage für die lateinamerikanische Integration. Angesichts der hemisphärischen Kooperations- und Integrationsperspekti-

9 Alfredo Guerra-Borges: *La Integración de América Latina y el Caribe*. Universidad Nacional Autónoma de México, Mexiko 1991, S. 172.

ven der USA ('Initiative der *Americas*' des Präsidenten G. Bush; Präsident Clintons Initiative zur 'Freihandelszone der *Americas*') gewannen die gesamtamerikanischen Beziehungen neue Nuancen.¹⁰ Eine Wende vom Modell der Importsubstitution zum Ansatz der Wirtschaftsöffnung, also zur Förderung des Außenhandels und insbesondere der ausländischen Direktinvestitionen, setzte ebenso ein. Die Integrationsziele in Lateinamerika wurden auf eine flexiblere Basis (multilaterale Integration auf der Grundlage bilateraler Initiativen) gestützt. Dies betraf vorwiegend das Integrationschema der ALALC, das durch die im Vertrag von Montevideo ins Leben gerufene Assoziation Lateinamerikas für die Integration (ALADI) auf einen neuen Stand gebracht wurde. In diesem Sinne verstand sich der Vertrag der ALADI als Rahmenabkommen, innerhalb dessen bilaterale und subregionale wirtschaftspolitische Einigungsinitiativen den Weg zur graduellen Integration der Gesamtregion bereiten sollten.¹¹ Hierfür wurden weder Fristen festgelegt, noch bestimmte Integrationsmechanismen für die Zielverwirklichung vorgegeben.¹² Zwar verzichtete die ALADI anfangs nicht auf das Modell der Importsubstitution, dieses verlor jedoch im Verlauf der neu eintretenden ökonomischen Globalisierungsmerkmale zunehmend an Bedeutung.

Der Andenpakt – seit 1996 Andengemeinschaft – wurde ebenfalls durch das Protokoll von Quito von 1987 institutionell und wirtschaftspolitisch weitgehend reformiert. Ein Pazifikations- und Demokratisierungsprozeß, an dem unterschiedliche Unterstützungsinitiativen Lateinamerikas (Contadora-Gruppe, Gruppe der 4, und, aus beiden, Gruppe der 8) sowie Europas

10 Carlos F. Molina del Pozo (Hrsg.): Integración Eurolatinoamericana, Buenos Aires 1996, S. 559-575.

11 Ebenda, S. 712.

12 Stefan Schirm: Kooperation in den Amerikas - NAFTA, Mercosur und die neue Dynamik regionaler Zusammenarbeit, Baden- Baden 1997, S. 32.

(San José-Prozeß) beteiligt waren, fand in Zentralamerika statt, woraufhin die regionale Integration mit dem im Jahre 1993 gegründeten zentralamerikanischen Integrationssystem (SICA), dessen Ziele u.a. die Verwirklichung einer Wirtschaftsunion sowie die Vertiefung der politisch-institutionellen Integration (Gründung des Zentralamerikanischen Parlaments) waren, vorangebracht werden konnte.

Alles in allem bedingte die sich aufzeichnende Wirtschaftsöffnung die Neuanpassung der Integrationsprozesse in Lateinamerika und deren Beziehungen zu anderen integrierten Wirtschaftsräumen, wobei die Europäische Union zu Beginn der 80er Jahre einen besonderen Stellenwert einnahm.

4. Die interregionale Kooperation zwischen der Europäischen Union und dem *Grupo de Río*

Der San-José-Dialog in Zentralamerika und später der etablierte multilaterale Dialog mit dem *Grupo de Río* setzten einen Meilenstein für die Annäherungs- und Kooperationsinitiativen zwischen der Europäischen Union und Lateinamerika. Schwerpunkte des Dialogs mit dem *Grupo de Río* waren u.a. die hemisphärische Sicherheit, die Demokratisierung Lateinamerikas, der Umweltschutz, die Entwicklungshilfe, die Bekämpfung des Drogenhandels, der interregionale Handel und die Direktinvestitionen.¹³ Auf der Tagesordnung der Gespräche standen in diesem Sinne alte und neue Fragestellungen, wobei die Außenverschuldung Lateinamerikas und deren Rückzahlungsbedingungen allerdings nicht mehr an erster Stelle standen. Die bisherige Praxis unilateraler Unterstützung Europas gegenüber Lateinamerika wich allmählich bi- und multilateralen Initiativen. In diesem Kontext setzte sich in einzelnen lateinamerikanischen Ländern die Tendenz durch, nicht im Alleingang, sondern vom ‚eigenen‘ integrierten Wirt-

13 Alicia Frohmann: Der biregionale Dialog zwischen dem Grupo del Río und der Europäischen Union, in: Bodemer, Klaus (Hrsg.), Lateinamerika. Analysen-Daten-Dokumentation, Hamburg 1996, S. 53-57 (Institut für Iberoamerika-Kunde, Nr. 33) und Klaus-Dieter Hoffmann: Die EU und Lateinamerika. Drohender Terrainverlust auf einem ökonomisch interessanten Markt?, KAS-Auslandsinformationen, Jg. 25, Nr. 9, 1999, S. 50-55.

schaftsraum aus an die EU oder an internationale Organisationen heranzutreten. Zwischen Europa und Lateinamerika kam es zur Unterzeichnung der sogenannten „Dritte-Generation-Abkommen“, die auf Maßnahmen zur industriellen Zusammenarbeit, der Förderung der Direktinvestitionen, der Gründung von *joint ventures* und einer zunehmenden wissenschaftlichen und technischen Kooperation basierten. Die Rahmenabkommen zeichnen sich darüber hinaus durch die Einführung der „demokratischen Klauseln“ (demokratischer Rechtsstaat als Grundvoraussetzung zur interregionalen Kooperation) und der „Evolutionsklauseln“ (allmähliche Verhandlung von Einzelaspekten) aus und ermöglichen ebenso Spielraum für multilaterale Initiativen. Mit der Zustimmung des Europäischen Parlaments zur Vertiefung der Zusammenarbeit mit Südsüdamerika (*cono sur*) wurden im Jahr 1990 Dritte-Generation-Abkommen zwischen der Europäischen Union und Argentinien, Brasilien, Chile, Mexiko, Paraguay und zentralamerikanischen Staaten geschlossen.

5. Der Gemeinsame Markt des Südens (Mercosur)

Der Mercosur stellt eine der jüngsten Integrationsinitiativen in Lateinamerika dar, deren Ursprung auf die seit Mitte der 80er Jahre stattfindende Annäherungspolitik zwischen Argentinien und Brasilien zurückgeht – und hierbei insbesondere auf ihre Absicht, nach dem vollzogenen Demokratisierungsprozeß in beiden Ländern die wirtschaftliche Integration mit der Einrichtung einer Freihandelszone zu fördern. Dies bereitete den Weg für den schließlich am 26.3.1991 zwischen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay unterzeichneten Vertrag von Asunción, woraus ein Wirtschaftsraum von beträchtlicher Größe entstand.¹⁴ Im Mercosur konzentrieren sich darüber hinaus über 50 % des Bruttoinlandsprodukts und ein Drittel des Außenhandels Lateinamerikas; 38 der 50 Unternehmen, die rund

14 Die Bevölkerung der Mercosur-Länder beträgt insgesamt 200 Mill. Einwohner (50% der Gesamtbevölkerung Lateinamerikas), die Gesamtfläche 15,9 Mill. km². Die Nord-Süd-Entfernung des Mercosur entspricht in etwa der Distanz Portugal-Kasachstan.

40% der ausländischen Direktinvestitionen in ganz Lateinamerika ausmachen, sind ferner im Mercosur-Raum angesiedelt.¹⁵

Zwischen dem ersten Abkommen zur Zollsenkung (3.7.1984) und dem Vertrag von Asunción wurden die handelspolitische Liberalisierung sowie die institutionelle Struktur des Mercosur graduell durchgeführt. Diesbezüglich wurde mit dem Protokoll von Ouro Preto vom 17.12.1994 das institutionelle Gefüge des Integrationsprozesses vorwiegend um sechs Organe gestaltet: Wichtige Entscheidungsinstanzen sind der Rat des Gemeinsamen Marktes (Entscheidungsorgan), die Gruppe Gemeinsamer Markt (Exekutivorgan mit Initiativrecht) und die Handelskommission (beratende Funktion)¹⁶; weitere Organe sind die Gemeinsame Parlamentarische Kommission, der Beratende Sozial- und Wirtschaftsausschuß und das Sekretariat (vgl. Anhang, Abbildung 2).

Der Mercosur wies mittelfristig eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung auf und zeichnete sich im Jahre 1998 mit einem Bruttoinlandsprodukt von US\$ 1.146 Mill. als viertwichtigster Wirtschaftsraum nach dem NAFTA (US\$ 9.556 Mill.), der Europäischen Union (US\$ 8.361 Mill.) und Japan (US\$ 4.127 Mill.) aus.¹⁷

6. Der Mercosur und die Europäische Union: Vergleichsmerkmale zweier Integrationsstrukturen

Betrachtet man beide Integrationsprozesse, ihre Entstehungsbedingungen, Strategien und integrationspolitischen Mechanismen aus vergleichender Sicht, lassen sich folgende Schlußfolgerungen ziehen:

- a) In unterschiedlichen historischen Kontexten leisteten beide Integrationsprozesse erstens einen Beitrag zur Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Stabilität der Region (Nachkriegszeit in Europa,

15 Elena De Luis Romero et al.: Mercosur. Aproximaciones hacia la integración con la Unión Europea, Universidad Nacional del Litoral, Santa Fe 1996, S. 91.

16 Vgl. Protokoll von Ouro Preto, Art. 6.

17 CEI (Zentrum Internationale Wirtschaft): Mercosur-Comunidad Andina: Una negociación compleja, S. 95-116.

Demokratisierungsprozeß in den Mercosur-Ländern). In beiden Fällen führte das Integrationsprojekt zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen insbesondere bei jenen Staaten, die in der Region traditionell eine konfliktive Beziehung aufwiesen bzw. im Konkurrenzverhältnis standen (Deutschland und Frankreich in Europa¹⁸, Argentinien und Brasilien im Mercosur).

- b) Der europäische Einigungsprozeß wurde zweitens von Beginn an auf einer dreifachen Organisationsstruktur (EGKS, EWG und Euratom) aufgebaut und entwickelte sich in gradueller Weise durch die unterschiedlichen aufeinanderbauenden Stadien der regionalen Integration (Freihandelszone, Zollunion, Binnenmarkt usw.), die durchweg – mit Ausnahme der währungspolitischen Integration (1971, 1979 und seit 1991) – von allen Mitgliedsländern zum selben Zeitpunkt betreten wurden. Der Mercosur entwickelte sich in drei Phasen, nämlich einer ersten Phase der Kooperation und Handelsliberalisierung zwischen Argentinien und Brasilien (1984-1991); der Phase der Gründung des Mercosur und der Fortsetzung der Handelsliberalisierung (1991-1995) sowie der Phase der Einführung des Gemeinsamen Marktes (ab 1.1.1995). Hierbei bilden die Zollunion und der Gemeinsame Markt zwei rasch aufeinanderfolgende Integrationsstadien, die durch die Einführung von Sektorprotokollen (*protocolos sectoriales*: Präferenzbehandlung sensibler Handelsbereiche) ermöglicht wurden.¹⁹
- c) Sowohl die Europäische Gemeinschaft als auch der Mercosur legten drittens bereits bei der Gründungsphase großen Wert auf die progressive Erweiterung ihrer Mitgliederzahl.²⁰ Während die Erweiterungspolitik der Europäischen Union auf der Durchführung mittelfristiger

18 Vgl. Ludger Kühnhardt: Europas Rolle in der Weltpolitik des 21. Jahrhunderts, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B-24/2000, S.31-38 .

19 Interview mit der Lic. Silvia Jardel, Direktorin des Instituto de Economía y Organización (INTECO/Fundación Andina, Mendoza, Argentinien) und Herausgeberin des Jahrbuchs: Temas de Mercosur, Mendoza 21.10.1999.

20 Félix Peña: Ampliación y Profundización: En búsqueda de un equilibrio apropiado, in: Roett, Riordan (Hrsg.), Mercosur: Integración Regional y Mercados Mundiales, Buenos Aires 1999, S. 81.

Vorbereitungs- und Anpassungsphasen durch die Beitrittskandidaten basiert, orientiert sich die Erweiterungspolitik des Mercosur an den allgemeinen Richtlinien der ALADI (s.o.), die eine sukzessive Erweiterung der Freihandelszone auf weitere lateinamerikanische Nachbarstaaten vorsieht. Die Mitgliedschaft Uruguays z.B. erfolgte vorwiegend durch Kooperationsabkommen (19.5.1985; 15.9.1987; 30.11.1988), parallel zu der vertiefenden Kooperation und Integration zwischen Argentinien und Brasilien. Diese Kooperationsabkommen ermöglichten im Jahre 1990 die Annahme des Beitrittsantrags Uruguays. Freihandelsabkommen mit Chile (25.6.1996) und Bolivien (November 1996) wurden bereits geschlossen. Einen entscheidenden Einflußfaktor der Erweiterungspolitik in beiden Integrationsprozessen stellten die Folgen des Endes des Ost-West-Konflikts und der damit einhergehenden neuen Merkmale der internationalen Wirtschaftsbeziehungen dar (wirtschaftspolitische Transformation der mittel- und osteuropäischen Staaten in Europa; Liberalisierung der Handels- und Investitionsmärkte im Mercosur-Raum). In diesem Kontext stellt sich gegenwärtig für beide Einigungsprozesse, und mit besonderem Nachdruck für die EU, die Frage der Vertiefung und/oder Erweiterung der regionalen Integration und der Erarbeitung einer dafür angemessenen Strategie.²¹

- d) Sowohl die Europäische Union als auch der Mercosur weisen vierens die graduelle Entwicklung eines gemeinschaftlichen Rechtsbestands (*acquis communautaire*) auf, der aus den Gründungsverträgen (EU: Römische Verträge; Mercosur: Vertrag von Asunción), deren darauffolgenden Reformen (EEA, Maastricht, Amsterdam etc.) und den rechtlich verbindlichen Beschlüssen der wichtigsten Entscheidungsorgane (EU: Verordnungen, Richtlinien; Mercosur: Entscheidungen) besteht. Auch zu erwähnen sind im Falle des Mercosur zusätzliche vertragliche Vereinbarungen wie das Protokoll von Brasilia

21 Ludger Kühnhardt: Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts. Grenzen, Aufgaben, Handlungsfähigkeit, Bonn 1998, S. 4 ff. (Zentrum für Europäische Integrationsforschung, ZEI-Discussion Paper C 22).

vom 17.12.1991 (Streitbeilegungsverfahren) und das Protokoll von Ouro Preto vom 7.12.1994 (institutionelle Struktur).

- e) Bedeutende Unterschiede zwischen beiden Integrationsprozessen lassen sich fünftens in der Ausgestaltung ihrer institutionellen Organisationsstrukturen erkennen. Während die wichtigsten Entscheidungsorgane der Europäischen Gemeinschaft im Gründungsvertrag festgelegt wurden, wurden die Mercosur-Organen zum Teil bereits während der ersten Kooperationsphase zwischen Argentinien und Brasilien, also vor dem Gründungsvertrag (Gemeinsame Parlamentarische Kommission vom 29.11.1988, Gruppe Gemeinsamer Markt vom 6.7.1990) eingeführt. Die restlichen Institutionen (Rat des Gemeinsamen Marktes, Verwaltungssekretariat usw.) wurden auf sukzessive Weise bis 1994 ins Leben gerufen.
- f) Beide institutionelle Strukturen weisen sechstens deutliche Unterschiede in ihren Kompetenzbereichen auf: Das institutionelle Gefüge der EU besteht aus intergouvernementalen Organen (Rat der Europäischen Union, Ministerrat – beide mit Exekutivfunktionen) und aus supranationalen Organen (Europäische Kommission – mit Legislativ- und Durchführungskompetenzen). Vertreten die intergouvernementalen Organe die Interessen der Mitgliedsstaaten, sorgen die Kommissare für die Wahrung der Interessen der gesamten Ländergemeinschaft und nicht ihrer jeweiligen Entsenderstaaten. So wird der institutionellen Entscheidungsstruktur ein eigener, durch den Kompetenztransfer der Mitgliedsstaaten souveräner Charakter zugesprochen. Wenngleich dem Amt des Kommissionsvorsitzenden nicht der Exekutivrang bzw. die Befugnisse eines „EU-Präsidenten“ zugewiesen werden, leistet es einen entscheidenden Beitrag sowohl zur dynamischen Ausgestaltung des institutionellen EU-Gefüges als auch zu dem expliziten Bestreben, den regionalen Einigungsprozeß mit gemeinsamen Identitätselementen und Wertvorstellungen zu gestalten. Als europäisches Organ wirkt es zudem der Tendenz einzelner oder mehrerer Mitgliedsstaaten entgegen, das Fortschreiten der Integration durch das Festhalten am nationalstaatlichen Souveränitätsansatz zu verzögern oder zu verhindern. Der Mercosur hingegen be-

schritt bislang einen institutionellen Weg, der zur Ausgestaltung einer ausschließlich intergouvernementalen Entscheidungs- und Ausführungsstruktur geführt hat.²² Die Hauptorgane des Mercosur, der Rat des Gemeinsamen Marktes (höchstes Entscheidungsorgan) und die Gruppe Gemeinsamer Markt (Exekutivorgan), setzen sich aus Vertretern der Mitgliedsstaaten zusammen, welche die Interessen ihrer heimatlichen Regierungen (nationale Souveränität) vertreten. Ein reines „Mercosur-Organ“ besteht nicht, eine supranationale Souveränität ist also nicht gewährleistet.

7. EU-Mercosur: Interregionale Assoziation zwischen zwei Zollunionen

Bereits im April 1991, einen Monat nach der Gründung des Mercosur, schlossen die Europäische Kommission und die Mercosur-Staaten den ersten Kooperationsvertrag zur technischen Kooperation zwischen beiden Integrationsprozessen. Ein Jahr später, im Rahmen der Zweiten Institutionellen Ministerkonferenz zwischen den EU-Ländern und dem *Grupo de Río*, unterzeichneten die Mercosur-Länder und die Europäische Kommission das Abkommen zur Interinstitutionellen Kooperation (25.9.1992), in dem ein Gemeinsames Beratungskomitee (aus Vertretern der EU-Kommission und der Gruppe Gemeinsamer Markt) zur Vertiefung der Kooperation eingerichtet wurde. Diese Initiativen, und nicht zuletzt die Erklärungen der Staats- und Regierungschefs der EU von Korfu (Juni 1994) und Essen (Dezember 1994), schufen die Grundlage für das am 15.12.1995 in Madrid unterzeichnete Interregionale Rahmenabkommen zur Kooperation, das erste Abkommen zur Interregionalen Assoziation zwischen zwei Zollunionen. Folgende Aspekte des Rahmenabkommens sind von Bedeutung:

22 Hierbei wird nicht die Unterscheidung von zwischenstaatlichen Kooperationsorganen und supranationalen Integrationsorganen gemacht. Denn die Nichtexistenz von supranationalen Organen im Mercosur widerspricht nicht konkreten Integrationsergebnissen im wirtschaftlichen und politischen Bereich (z.B. Einführung des Mercosur-Passes). António José Fernandes: *União Europeia e Mercosul: Dois Processos de Integração*, Braga-Codex 1998, S. 148-152.

Regionalbildungsansätze im Vergleich

- a) Wichtigste Ziele stellen die Intensivierung eines politischen Dialogs und die Einrichtung einer Freihandelszone zwischen beiden integrierten Wirtschaftsräumen dar.
- b) Die Kooperation erstreckt sich darüber hinaus auf weitere Bereiche, u.a. Telekommunikation und Informationstechnologie, Bildung, Umweltschutz, Unternehmenszusammenarbeit, Energie, Verkehr, Wissenschaft und Technologie.
- c) Der Kooperationsrat, der Gemischte Kooperationsausschuß und der Unterausschuß für den Handel – drei gemeinsame Organe aus Vertretern beider Regionen und mit vordefinierten Kompetenzbereichen – tragen zur institutionellen Zusammenarbeit bei.
- d) Die Möglichkeit, die Interregionale Assoziation weiterzuvvertiefen („Evolutivklausel“, Art. 23) sowie die Mitgliederzahl zu erweitern (Art. 33, Territorialer Geltungsbereich), wird vertraglich festgelegt.²³
- e) Sämtliche Vereinbarungen basieren auf dem multilateralen Dialog und der gegenseitigen Kooperation. Dies stellt einen Wandel in den Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika dar, die traditionell auf der unilateralen finanziellen oder politischen Unterstützung der EU gegenüber Lateinamerika beruhten.
- f) Die Organisation der interregionalen Kooperation soll zum großen Teil dezentral aufgebaut werden, dies bedeutet u.a. Dezentralisation durch die Einbindung nicht-öffentlicher Akteure (Universitäten, NGO's u.a.) oder öffentlich-dezentralisierter Verwaltungseinheiten

23 Vgl. Rahmenabkommen Art. 23 und 33, in: Fernandes, a. a. O., S. 163 ff.; dt. Fassung in: Susanne Scholl: Mercosur. Der Mercosur-Vertrag und die nachfolgende handelspolitische Entwicklung, BfAI, ZHI Nr. 2, 1998.

(Gemeinden, Regionen); horizontale Strukturierung durch die Definition sektorieller Strategien und die Anwendung neuer Steuerungsinstrumente.²⁴ Einen besonderen Stellenwert nimmt hierbei die Förderung der Mittel- und Kleinbetriebe ein, die in Lateinamerika die am weitesten verbreiteten Unternehmensstruktur und Arbeitgeber sind.²⁵

8. Mit Blick auf die Zukunft – Bisherige Ergebnisse und Perspektiven der Interregionalen Assoziation EU-Mercosur

Aus der bisherigen Entwicklung der Kooperation EU-Mercosur im Rahmen der Interregionalen Assoziation kann eine insgesamt positive Bilanz gezogen werden, allerdings mit unterschiedlichen Ergebnissen in den verschiedenen Kooperationsbereichen.

Politische Auswirkungen für die Mercosur- Länder

Die Annäherung und enge Zusammenarbeit mit der EU hatte für die lateinamerikanischen Staaten die Bedeutung einer beträchtlichen institutionellen Stütze der seit Ende der 80er Jahre unternommenen Demokratisierungsprozesse und der sich dabei herausbildenden demokratischen Stabilität.²⁶ Dies förderte darüber hinaus die Modernisierung des Staates in unterschiedlichen Bereichen: Initiative zur Reform der Judikative, Verbesserung der öffentlichen Verwaltung, Personalqualifikation, Einführung und Nutzung von Informationssystemen etc.²⁷

24 CEI: Mercosur – New Trade and Investment Opportunities, Buenos Aires 1999, S. 129-130.

25 Christoph Ernst: Le Mercosur et l' Union Européenne: Un rapprochement économique prometteur?, Regensburg 1997, S. 234.

26 Walter Haubrich: Lateinamerikas Globalisierung – Die Europäische Union als gern gesehener Partner, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), Nr. 291, 14.12.1999, S. 16.

27 IRELA (Institut der Europäisch-Lateinamerikanischen Beziehungen): América Latina y Europa más allá del año 2000, Dossier Nr. 65, Madrid 1998, S. 5.

Außen- und sicherheitspolitische Auswirkungen für die EU

Durch die interregionale Kooperation mit dem Mercosur projiziert die EU die Zielsetzungen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die im Titel V des Maastrichter Vertrages von 1992 festgelegt sind und im Vertrag von Amsterdam von 1997 reformiert wurden. Dies bekräftigt das außenpolitische Profil und die Präsenz der EU auf internationaler Ebene.²⁸ In diesem Zusammenhang mißt die GASP der regionalen Sicherheit eine besondere Bedeutung zu. So teilt die EU mit Südamerika das Interesse an der Nichtverbreitung von Atom- und Massenvernichtungswaffen und an der Erarbeitung einer gemeinsamen Politik zur Konfliktprävention und -schlichtung. Darüber hinaus bekundete die EU bereits im Rahmen des multilateralen Dialogs mit dem *Grupo de Río* das Interesse an einer gemeinsamen Politik zur Bekämpfung der beide Kontinente betreffenden, daher als „gemeinsame Verantwortung“ empfundenen Drogenhandelsproblematik²⁹ sowie an der Fortsetzung einer gemeinsamen Umweltpolitik auf der Grundlage der Vereinbarung von Río und des Protokolls von Kioto über Klimaveränderungen vom 11.12.1997. Der Umweltschutz wurde bereits als eines der wichtigsten horizontalen Kooperationsthemen mit Lateinamerika deklariert.³⁰

Handelspolitische Entwicklung

Im Hinblick auf den Handelsaustausch wiesen die EU-Ausfuhren in die vier Mercosur-Staaten in den letzten fünfzehn Jahren bedeutende Zuwachsraten auf: Während die EU-Ausfuhren im Jahre 1985 4,76% der Gesamteinfuhren der vier Staaten ausmachten, erreichten sie 1994 bereits 25,29%.³¹ Im Zeitraum 1990-1998 stiegen die europäischen Ausfuhren in andere Weltregionen (außer Mercosur) um 60%, in die Mercosur-Staaten um 274% – darunter um 238 % mit Brasilien und um 400% mit Argenti-

28 Ebenda, S. 12.

29 Frohmann, a. a. O., S. 56.

30 IRELA, a. a. O., S. 29.

31 Auf der Grundlage von Berechnungen der ALADI und des IWF, in: De Luis Romero, a. a. O., S. 66.

nien.³² Vorwiegend exportiert die EU in den Mercosur Fertiggüter: zu 53% Maschinen und industrielle Produkte. Ein wichtiger Sektor ist ebenso die Kraftfahrzeugherstellung (30% des Gesamthandels). Allerdings zeigt der interregionale Handel zwischen beiden Handelsblöcken seit 1990, insbesondere seit 1992, daß die Zunahme der europäischen Ausfuhren in den Mercosur immer weniger dem Volumen der EU-Einfuhren aus dem Mercosur entsprochen hat, so daß der Handelsaustausch seitdem beträchtliche Asymmetrien – mit ständigen Überschüssen der EU-Handelsbilanz seit 1994/1995 – verzeichnet hat. Dies gründet u.a. in der Produktionsstruktur der Mercosur-Länder und in der Handelspolitik der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP).³³

Finanzpolitische Entwicklung

Eine entscheidende Rolle spielten die europäischen Direktinvestitionen im Rahmen der in Lateinamerika in der letzten Dekade durchgeführten Privatisierungen. Dazu haben in besonderem Ausmaß die Reformen von Regulierungsnormen, die in den vier Mercosur-Staaten die Beteiligung ausländischen Kapitals regelten, beigetragen. Binnen fünf Jahren (1994-1998) stiegen die EU-Investitionen von US\$ 2.324 Mill. auf US\$ 13.303 Mill. in 1998, also um 472% (siehe hierzu Anhang, Abbildung 3). Die für die EU bisher interessantesten Investitionssektoren waren der Finanz- und Bankdienstleistungssektor, die Telekommunikation und der Transportmittelsektor. Die Einführung von Programmen wie dem *European Community Investment Partners* (ECIP) oder AL-INVEST und die seit 1994 von der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Gang gesetzten Lateinamerika-Investitionsprogramme³⁴ verstärkten zum einen den Zufluß europäischen Kapitals nach Lateinamerika und führten zum anderen in den Empfängerländern zum erhöhten Erwerb von moderner Technologie der Industrieländer. Im Gegensatz zu den aus den USA in Lateinamerika einfließenden Investitionen zeichnen sich die europäischen Investitionen durch die Fokus-

32 CEI, Mercosur, a. a. O., S. 124-125.

33 Zu den sogenannten disuasiven Handelsmaßnahmen vgl. IRELA, a. a. O., S. 28.

34 Siehe die jährlichen EIB-Berichte in: <http://www.eib.org/pub/press/press.htm>.

sierung auf subregionale Märkte, die Nutzung lokaler Ressourcen und die Bildung strategischer Bündnisse mit einheimischen Unternehmen aus.³⁵ Dies fördert in erster Linie die Möglichkeit der Regionalentwicklung innerhalb des Mercosur.

9. FAZIT

Die erfolgreiche Weiterentwicklung der Interregionalen Assoziation EU-Mercosur hängt im wesentlichen von der Vertiefung des im Rahmenabkommen vereinbarten politischen und wirtschaftlichen Dialogs ab³⁶, und insbesondere davon, daß aus diesem Dialog neue Konzepte und Strategien sowie Lösungsansätze auf die Herausforderungen und Probleme der Assoziation nachhaltig erarbeitet werden. Der sich aus der bisherigen Entwicklung herauskristallisierende Steuerungsbedarf bezieht sich auf zentrale Bereiche, wie die notwendige Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit, eine tiefgehende Abstimmung der interregionalen Handelspolitik und die Vertiefung wie Erweiterung der vielfältigen Kooperationsbereiche.

35 IRELA, a. a. O., S. 24.

36 Zum gegenwärtigen Stand des europäisch-lateinamerikanischen Dialogs vgl. Manfred Mols: Ein wechselseitiges Nicht-mehr-so-recht-Durchblicken, in: FAZ, Nr. 201, 30.8.2000.

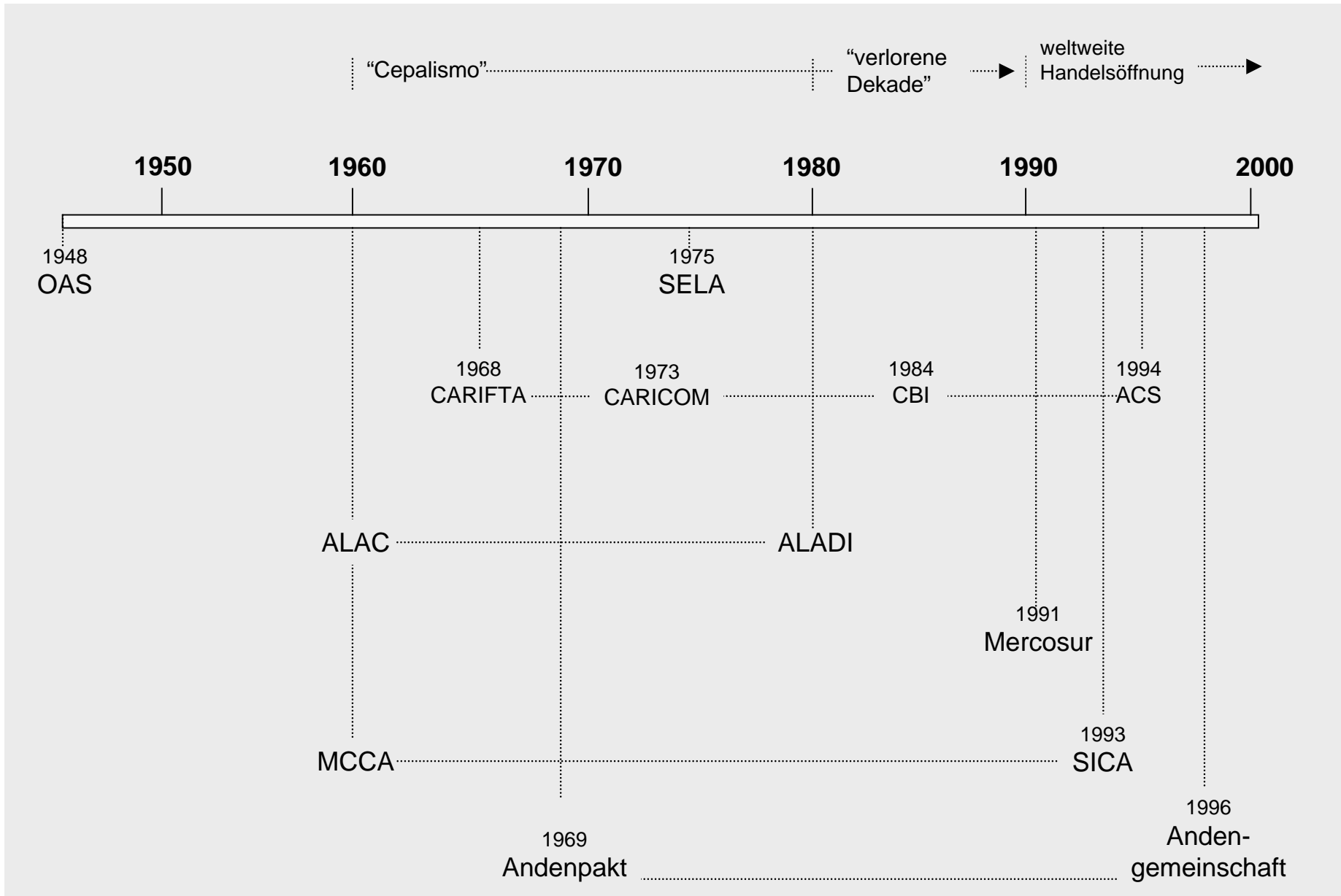
ANHANG

Abbildung 1: Wichtigste regionale Integrationsprozesse in Lateinamerika
(ab 1960)

Abbildung 2: Institutionelle Struktur des Mercosur

Abbildung 3: EU- Direktinvestitionen in den Mercosur (1990- 1998)

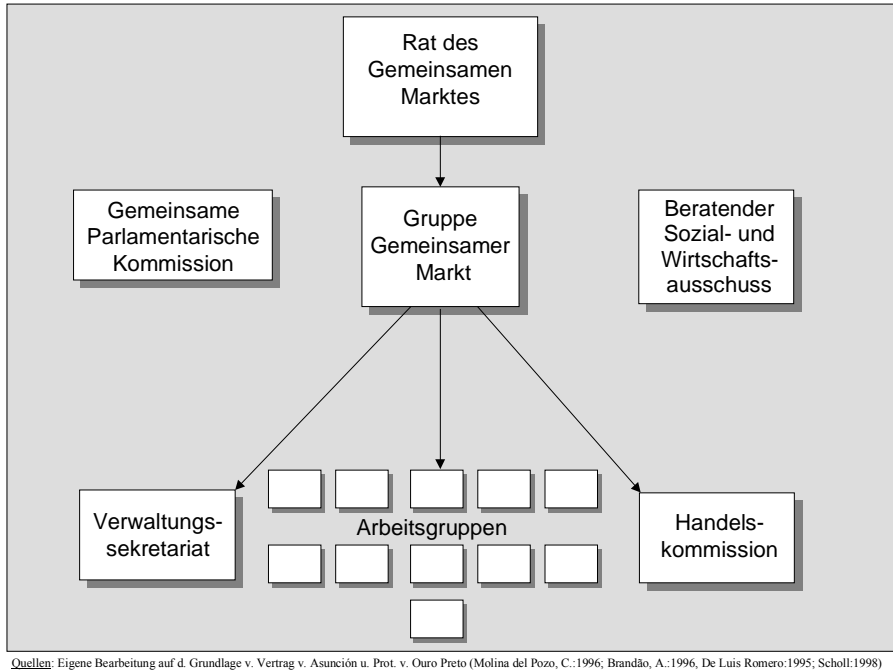
Wichtigste regionale Integrationsprozesse in Lateinamerika (ab 1960)



Regionalbildungsansätze im Vergleich

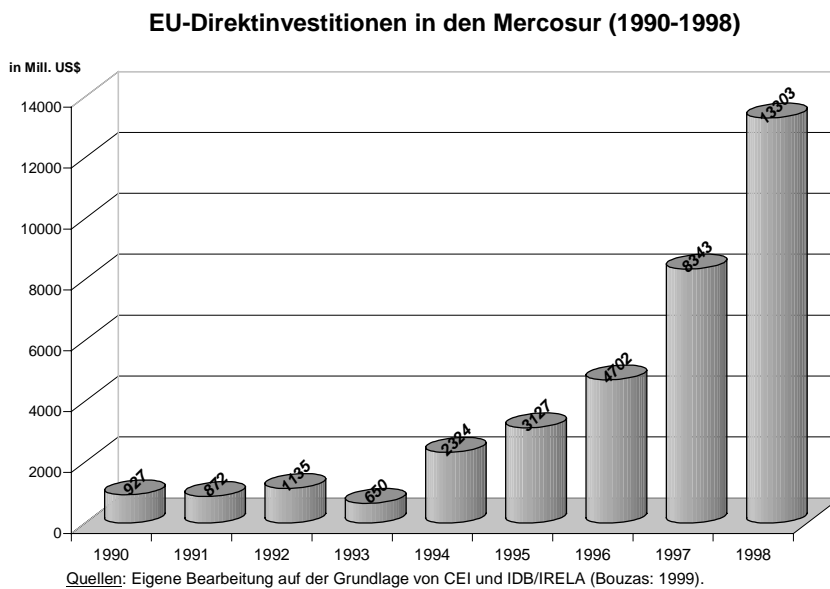
Quellen: Eigene Bearbeitung auf der Grundlage von Molina del Pozo (1996); Schirm (1996); Guerra-Borges (1991).

Abbildung 2: Institutionelle Struktur des Mercosur



Quellen: Eigene Bearbeitung auf d. Grundlage v. Vertrag v. Asunción u. Prot. v. Ouro Preto (Molina del Pozo, C.:1996; Brandão, A.:1996; De Luis Romero:1995; Scholl:1998)

Abbildung 3: EU-Direktinvestitionen in den Mercosur (1990-1998)



ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-73-2



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>